

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprospekt: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Freitag, den 2. März 1900. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Hinter den Coulissen.

Unser Agrarierium drängt mit wachsendem Erfolg auf eine Einfuhrsperre für Lebensmittel, soweit sie auch bei uns produziert werden. In der Fleischschau-Kommission hat man den ungeheuerlichen Beschluß gefaßt, vom Jahre 1903 die Einfuhr von Fleisch überhaupt zu verbieten. Das ist die Liebesgabe an die Agrarier für ihre „patriotische“ Zustimmung zur Flottenvorlage. In demselben Augenblick, in dem die Regierung und die Marine-professoren die Notwendigkeit der Flottenverdoppelung wesentlich mit der Sicherung der Lebensmittel-Einfuhr begründen, beschließt die Reichstags-Kommission das Verbot eines wichtigsten Teils der Lebensmittel. Und offiziöse Reden versichern, die Regierung sei geneigt, sich dem Votum der Kommission zu fügen.

Das scheint wie eine Scene aus dem Tollhaus. Erst schafft man eine Flotte, damit Deutschland sicher Lebensmittel einführen könne, und dann verbietet man die Einfuhr. Der Fall kann den Liberalen zugleich einen Vorgeschnack davon geben, wie es bei den Handelsverträgen kommen wird: diese braven Liberalen bewilligen jetzt Milliarden für Panzerschiffe zum angeblichen Schutz des Handels, der alsdann durch die agrarische Handelspolitik unterbunden werden wird.

Die Beschlüsse der Reichstags-Kommission haben auch bereits den von den Junkern beabsichtigten Erfolg gehabt. Wie über London aus Washington gemeldet wird, hat Amerika wegen der Fleischschau-Beschlüsse die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland abgebrochen. Wird man jetzt mit Panzerschiffen die Verhandlungen wieder herstellen?

Das ekelhafte in diesen Treibereien der Agrarier ist ihre Heuchelei. Anstatt zu erklären: wir wollen keine Einfuhr von Fleisch und Vieh, weil wir unsre Produkte auf Kosten des Proletariats wucherpreise erzielen wollen — schämen sie eine rührende Sorge für die Gesundheit des deutschen Volks vor, sprechen von der Gesundheitsgefährlichkeit des ausländischen Fleisches und Viehs, der mangelnden sanitären Kontrolle, sie malen schaurig die Schemen der amerikanischen Trichine und Schildlaus.

Katzenfisch werden die Amerikaner erwidern, daß auch das deutsche Vieh an Seuchen leide, daß auch bei uns die Gesundheitspolizei nicht den Konsumenten vor dem Genuß schädlicher Lebensmittel zu schützen vermöge. Nach der letzten Kriminalstatistik sind in Deutschland 43 Personen wegen Vergehens gegen das Kinderpest-Gesetz, 1149 Personen wegen wissenschaftlicher Verletzung der Absperrungs-maßregeln bei Viehseuchen, 1474 Personen wegen Vergehens gegen die Lebensmittelgesetze bestraft worden. Dabei geben die kriminellen Bestrafungen nur ein blaßes Bild von den wirklichen Zuständen.

Das Bestreben unsrer Agrarier aber geht darauf hinaus, zu beweisen, daß bei uns Vieh und Fleisch von blühender Gesundheit und Zuträglichkeit ist, während man uns von außen verseuchte Tiere und vergiftete Lebensmittel einschleppe. Und natürlich sollen vor allem nicht unsre handelspolitischen Gegner, die Amerikaner, wissen, wie die Zustände bei uns seien, ob unsre gesundheitliche Sicherung der Konsummittel denn jenem Ideal entspreche, das unsre Fleischschau-Junker von dem Ausland, namentlich den Vereinigten Staaten fordern.

Es ist ein Verdienst unsres Genossen Kumer, daß er in der Donnerstags-Sitzung des Reichstags einen geheimen Erlaß zur Kenntnis der Öffentlichkeit brachte, der grell in die von unsren Agrariern gespielte „Sanitäts-Komödie“ hineinleuchtet, und zugleich zeigt, wie willkürlich unsre Regierungen den Absichten der Agrarier unterthan ist.

Das Aktienstück lautet:
 Der Regierungspräsident.
 C. B. 2323
 Geheim!

Düsseldorf, 24. Juli 1899.
 Nach dem Cirkular vom 10. Juni 1894 (Min.-Bl. f. d. inner. Verw. S. 102) können Anfragen und Ersuchen, welche seitens der in Deutschland bestehenden, mit dem Exequatur versehenen Konsuln ausländischer Staaten innerhalb der Grenzen ihrer amtlichen Aufgaben und ihres Amtsbezirks an die diesseitigen Verwaltungsbehörden gerichtet und von diesen unmittelbar beantwortet werden, sofern es sich nicht um Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt. Gegenüber den amerikanischen Konsuln, für welche die vorangeführten Grundsätze gleichfalls Geltung haben, ist indessen von allen zur Vereinträchtigung diesseitiger Interessen geeigneter Mitteilungen abzusehen, gleichgültig, ob deren Auskunftsbegehren Fragen von allgemeiner Bedeutung betreffen oder nicht. In zweifelhaften Fällen ist von einer Antwort zunächst abzusehen und an mich zu berichten.

Als Mitteilungen, die unter keinen Umständen den amerikanischen Konsuln zu machen sind, bezeichne ich z. B. statistische Angaben über Zu- und Abwanderungen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz und seine Nebengesetze, insbesondere über die Herstellung und den Vertrieb gesundheitschädlicher Nahrungs- und Genussmittel und Gebrauchsgegenstände einschließlich Spielwaren, über die Verfälschung und den Vertrieb deraartiger Waren, über Trichinen- und Finnenfunde in einheimischem Fleisch und über den Stand von Menschen- und Tierkrankheiten.

Es besteht jedoch kein Bedenken, wenn bei Anfragen über die letztbezeichneten Punkte die im Auskunftsersuchen diesseitigen Behörden auf die regelmäßigen statistischen Mitteilungen in den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesund-

heitsamts verweisen; eine Beschaffung weiteren Materials hat indessen zu unterbleiben.

Ich ersuche, diese Angelegenheit als streng vertraulich zu behandeln und die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Weisung unter ausdrücklicher Betonung der streng vertraulichen Behandlung zu versehen.

Eine Mitteilung dieser Verfügung an die Bürgermeister durch einfache Kenntnisaufnahme derselben in Abschrift hat zu unterbleiben, es ist vielmehr im Wege besonderer dortheiliger Verfügung zu verfahren.

An die Landräte und Oberbürgermeister.
 Freiherr v. Rheinbaben.

Der Freiherr von Rheinbaben, der als Regierungspräsident diesen streng vertraulichen Erlaß unterzeichnete, ist jetzt Minister des Innern. Es ist wohl zweifellos, daß diese Verfügung auf einer allgemeinen Anweisung der Central-Regierung beruht. Es ist eine Anweisung zur Verschleiierung der Verhältnisse auf dem Gebiet der Konsumartikel-Hygiene gegenüber den Vertretern der Vereinigten Staaten. Amerika soll, abgesehen von dem, was allgemein amtlich veröffentlicht wird, nicht erfahren, wie es bei uns mit der Sicherung der menschlichen Gesundheit vor gefährlichen Gebrauchsmitteln steht. Die Vereinigten Staaten sollen das nicht erfahren, damit sie ihre Kenntnis gegen uns nicht auspielen können, wenn wir heuchlerisch ihre ungenügende Kontrolle zum Vorwand einer Einfuhrsperre nehmen.

Die ganze Komödie aber wird zum Zweck unsrer Agrarier aufgeführt. Das konsumierende Volk soll vor den gesundheitlichen Gefahren der Gebrauchsmittel beschützt werden, indem man sie zu unerschwinglichen Preisen emporreibt.

Wir wissen jetzt rückwärtlich, wie es hinter den Coulissen der Handelsvertrags-Verhandlungen aussieht, was hinter der Besorgnis und der Schonung der deutschen Gesundheit steht: die agrarische Unerfälllichkeit.

Im Reichstag hat die Regierung keine Antwort auf die Verlesung dieses Aktienstücks gefunden. Man wird sie bei der Verhandlung über das Fleischschau-Gesetz geschicklicher machen.

Aus England.

London, den 24. Februar.
 Ein Sturm im Lager der Methodistischen. Ursache und Bedeutung. Die Wesleyaner und die Liberalen. Das Buch von John A. Hobson über die Südafrika-Frage.

Eine der kräftigsten Stützen der liberalen Partei in England sind die religiösen Sekten, das sogenannte Dissidentium oder, wie man es auch nennt, der Konfessionsmännchen, d. h. die Religionsgemeinschaften, die sich zu den Lehren der staatlich eingetragenen anglikanischen Kirche im Widerspruch („not conform“) verhalten. Von ihnen sind die stärkste und leidenschaftlichste Verbindung das Wesleyanische Methodikentum. Die von den Brüdern Wesley und John Whitfield im vorigen Jahrhundert gegründete Sekte ist in religiöser Hinsicht demoralisierter als die meisten anderen Dissidenten, die Methodisten sind Minder wie sie im Buch stehen. Aber dafür sind oder waren sie das stärkste Rückgrat des politischen Liberalismus und Radikalismus und mehr als irgend eine andere Sekte die Kirche des kleinen Mannes. Besonders stark sind sie in verschiedenen Bergarbeiterdistrikten und vor allem in Wales, dieser Burgbesse des englischen Radikalismus. Ein Walliser, der Abendend Hugh Price Hughes, ist zur Zeit der angesehenste ihrer Vertreter auf der Kanzel.

Oder vielmehr er war es. Denn der mörderische Krieg, der in Südafrika tobt, hat kaum in einer zweiten englischen Gemeinschaft so bittere Gegensätze hervorgerufen, wie bei den Wesleyanern. Ihre ganze Tradition wies sie auf die Parteinahme für die Boeren hin, und sicher findet man im britischen Reich nirgends so fanatische Parteigänger der Boeren als bei den Wesleyanern, vor allen den Walliser Wesleyanern. Die Irländer z. B. sind mehr aus politischem Opportunismus als aus wirklicher Sympathie auf Seite der Boeren, sie applaudieren ihnen, und auch das nicht allzu heftig, weil sie England Schwierigkeiten machen. Bei den Wallisern ist, wie bei den sonstigen Wesleyanern, von einer grundsätzlichen Antipathie gegen England nicht die Rede, ihre Parteinahme für die Boeren ist Sache der Ueberzeugung, des Temperaments, der Ueberlieferung. Der Pietismus der Boeren ist ihm ihren durchaus verwandt.

Ihm haben aber eine Anzahl hervorragender Wesleyaner, voran der obenbenannte Rev. Hughes, von Anfang des Krieges an gegen die Boeren Partei ergriffen. Englands Sache in Südafrika für gerechtfertigt erklärt. Das hat viel Unzufriedenheit und Reibung hervorgerufen, und Herr Hughes ist der Vorwurf nicht erspart geblieben, sein Verhalten sei durch den Einfluß eines ihm verhaftigerten Kapitalisten in Südafrika diktiert. Jetzt aber ist der bisher noch leichlich unterdrückte Gegensatz in helle Flamme ausgebrochen. In einer Feierlichkeit, die nächsten Freitag in der Methodistischen City Road in London stattfinden soll, wo noch Wesley selbst gepredigt hat, hat der Vorstand der betreffenden Vertowlung, in offener Uebereinstimmung von den leitenden Mitgliedern des Central-Komitees der ganzen Gemeinschaft, Minister Chamberlain den Ehrenvorstoß übertrugen.

Das hat einen wahren Sturm im Lager der Wesleyaner hervorgerufen, den die boerenfreundliche radikale Presse nach Kräften unterstützt. Von Londoner Zeitungen ist es der „Morning Leader“, der Tag für Tag Proteste gegen diese Auszeichnung des Mannes veröffentlicht, dem die Verteidiger der Boeren die Hauptschuld an dem Krieg beimeisen, in der Provinz neben Walliser Zeitungen der „Manchester Guardian“. Selbst Leute, die den Krieg als unvermeidliches Produkt der Gegensätze in Südafrika betrachten, also Herrn Chamberlain nur geringe oder gar keine Verantwortung an ihn beimeisen, tadeln die Einladung als Taktlosigkeit sondergleichen. Die Heißsporne aber sprechen von einer Spaltung bezw. Cession, und viele von ihnen haben ihre Sammlungen für den Jahreshundertfonds der Methodistischen eingestellt oder die von ihnen gereinigten Beiträge andern Zwecken zugewandt. Natürlich fehlt es dafür auf der andern Seite nicht an Stimmen, die den Protestierenden entgegenzujagen Fanatismus, Intoleranz und dergleichen vorwerfen.

Man hat da ein Bild von der Zerrüttung und Verwirrung, die der Krieg im hiesigen Parteileben, und vor allem im liberalen Lager, hervorgerufen hat. Von Querströmungen aller Art durchwühlt, wird die liberale Partei von diesem Konflikt in empfindlicher Weise getroffen. Wohl begreift man es daher, wenn einer ihrer Führer, Lord Kimberley, letzten Mittwoch im nationalen Klub der Liberalen die Mahnung ergoß, man solle doch die jetzigen Differenzen nicht auf die Spitze treiben. Das Land bedrohe eine starke Oppositionspartei, diese sei aber unmöglich, wenn man über den Punkt, mit Bezug auf die man verächtlicher Meinung sei, diejenigen verfolge, hinsichtlich deren man einig sei. Aber die Kampfahnen hüben und drüben lassen sich dadurch wenig beirren. Die Boerenfreunde werfen ihren Gegnern Ingoisimus, die Verteidiger des Kampfs für Englands Oberhoheit in Südafrika jenen beschränkten Klein-Engländerum vor, und wenn sich die parlamentarischen Führer auch in der Form mehr zu beherrschen wissen, so bricht doch der Gegensatz zwischen ihnen gelegentlich um so schärfer durch.

Im übrigen wird jetzt ruhig debattiert über das, was geschehen soll. Nach allem, was vom Kriegsschauplatz verlaunt, ist es wahrscheinlich, daß der Feldzug in absehbarer Zeit vom britischen Kolonialgebiet auf das Gebiet der verbündeten Boerenstaaten verlegt werden wird, d. h. England nicht mehr eigenes Territorium zu verteidigen hat, sondern auf Boerengebiet kämpft. Ungeheuerlich wird von da ab die Friedensbewegung täglich an Stärke gewinnen und der Auf nach Formulierung der Friedensbedingungen immer lauter ertönen.

Vor einigen Tagen hat der bekannte Ethiker und Socialpolitiker John A. Hobson, der als Berichterstatter des „Manchester Guardian“ mehrere Monate in Südafrika verweilt, ein Buch über die Ursachen und Wirkungen des Krieges in Südafrika erscheinen lassen. Hobson geht mit den „Quilländern“ und ihren Bewunderern sehr scharf ins Gericht, ohne darum alles zu beschönigen, was auf Boerenseite geschehen. Geduld und Takt würden nach seiner Ansicht hingereicht haben, die meisten der wirklichen Beschwerden aus der Welt zu schaffen. Aber die Ränke der, meist jüdischen Kapitalisten, das hochfahrende, die Kapholländer verletzende Ausreiten Sir Alfred Milners sowie Chamberlains Ungebild und Taktlosigkeit hätten den Krieg herbeigeführt, der die beiden zur friedlichen Nebeneinanderarbeit in Südafrika bestimmten weißen Rassen in bittere Gegner verwandelt, das Resultat von Jahrzehnten unsichtlicher Verschönerungspolitik ungewissen gemacht habe. Wollte England nicht zu ewiger militärischer Besetzung Südafrikas schreiten, die dieses zu einer kassenden Wunde an seinem Reichkörper machen und den derzeitigen Grundfragen seiner Kolonialpolitik ins Gesicht schlagen würde, so bleibe ihm nichts übrig, als die Bedingungen so zu stellen, daß die rechtlichen Verhältnisse der einzelnen südafrikanischen Staaten und Kolonien zu einander im wesentlichen die gleichen blieben wie vor dem Kriege. Die Gründung eines Bundes der südafrikanischen Länder würde bei der numerischen Ueberlegenheit des holländisch sprechenden Elements diesem auch die politische Ueberlegenheit in die Hand spielen, was doch die englische Regierung gerade verhindern wollte. Oder aber man müßte Wahlkreis-Geometrie treiben und zweierlei Recht proklamieren, was wieder dem von England verkündeten Ziel seiner Verhandlungen mit dem Transvaal widerspreche.

Ich glaube, daß — immer Englands Sieg vorausgesetzt — in der That die schließliche Regelung der Dinge nicht weit von dem Wilde abweichen wird, das Hobson entwirft. England wird voraussichtlich das Oberhoheitsrecht wieder herstellen, wie die Konvention von 1881 es ihm einräumte, und auf Durchführung beziehungsweise auf vertragsmäßiger Sicherstellung der Reformen bestehen, die es vorigen Sommer in den Verhandlungen mit dem Transvaal gefordert hat. Eine faktische Annexion halte ich für unwahrscheinlich. Sie würde mehr Unstände und Kosten machen, als sie einbrächte und die Quelle ewiger Unruhen werden. Die Engländer wissen ganz gut, daß sie das holländisch-niederdeutsche Element in Südafrika heute weniger als je vergewaltigen können und daß der geschichtliche Rechtsittel ihres Kolonialreiches die Selbstverwaltung der civilisierteren Rassen ist. Schon zu Ausbruch des Krieges lagten einige Regierungsdokumente, das Schlimme sei, daß die Boeren wüßten, ihnen könne nicht viel geschehen. Denn es sei ja doch sicher, daß bei der endgültigen Lösung Englands, ohne formal dazu genötigt zu sein, auf die interessierten Großmächte Rücksicht nehmen werde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. März.

Im Reichstag

sand bei der gestrigen Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes die Haager Friedenskonferenz, ganz besonders aber die Haltung der deutschen Regierung zu und auf derselben eine nachträgliche, wohlverdiente Kritik. Genosse Dr. Gradnauer, der in ausführlicher Rede das Thema, das den größeren Teil der gestrigen Sitzung beherrschte, anschnitt, sprach vor allem sein Bedauern darüber aus, daß der Staatssekretär des Auswärtigen bisher mit keiner Silbe dieser Konferenz Erwähnung gethan habe, was allerdings bei der Ergebnislosigkeit derselben erklärlich sei. Er rügte nicht nur dieses Stillschweigen des Staatssekretärs, sondern die principielle Geheimnisthämerei auf der Konferenz selbst. Bei dem hohen Interesse, das die breiten Schichten der Bevölkerung an den Verhandlungen derselben genommen hätten, sei das Tagen der Konferenz hinter verschlossenen Thüren einer Rücksichtslosigkeit gegen die Öffentlichkeit gleich gekommen, an der sich die deutsche Regierung mitbeteiligt habe. Noch merkwürdiger sei die Regierung bei der Auswahl und Instruktion ihrer Delegierten vorgegangen. Nach außen that die offizielle Welt, als ob sie mit den Zielen des Friedensmanifests des Zaren voll und ganz einverstanden sei, hinter den Coulissen aber instruierte man die deutschen Delegierten zu Vorbehalten und Erklärungen, die von vornherein die ganze Haager Konferenz zu einer Komödie begradierten mußten. Ganz besonders ein-

